

Sehr geehrter Herr Landrat Rempe, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Gelegenheit, Ihnen heute die schriftliche Aufforderung von insgesamt 729 Menschen aus Lüllau, Reindorf, Itzenbüttel, Jesteburg und angrenzenden Gebieten zu übergeben,

- keine Windkraftanlagen auf kleinen, isolierten Flächen wie zwischen Lüllau und Reindorf sowie in Itzenbüttel zu planen und zu genehmigen,
- stattdessen bereits vorbelastete Standorte mit geeigneter Infrastruktur zu priorisieren,
- bei Maßnahmen zum Erreichen der Klimaneutralität auf die örtlichen Gegebenheiten wie intakte Natur und Wohnbebauung Rücksicht zu nehmen und
- große, zusammenhängende Flächen für Umwelt- und Naturschutz, Erholung und Lebensqualität zu erhalten.

Aktuell wird der Raumordnungsplan des Landkreises Harburg überarbeitet, um Flächen für Windenergieanlagen auszuweisen. Konkret wird sich die Fläche von etwa 0,4% auf rund 2,4% im Jahr 2027 und 3,2 % im Jahr 2032 verachtfachen. Der Landkreis Harburg soll dabei ein überproportional hohes Flächenziel erreichen, das Land Niedersachsen insgesamt dagegen nur 2,2%. Und das, obwohl der Landkreis Harburg einerseits eine hohe Bevölkerungsdichte hat, andererseits über wertvolle Naturgebiete verfügt, die es zu erhalten gilt. Darunter sowohl bereits geschützte wie die Elbmarsch, den Naturpark Lüneburger Heide und die Tostedter Moore, als auch bislang ungeschützte, die aber dennoch ökologisch sensibel und schützenswert sind.

Durch das politisch bestimmte hohe Flächenziel drohen massive Eingriffe in das Ökosystem. War für den Bau von Windenergieanlagen früher eine Umweltverträglichkeitsprüfung zwingend vorgeschrieben, werden heute die Umweltstandards weiter gesenkt. Sogar in alten, strukturreichen Wäldern werden Flächen für Windenergieanlagen ausgewiesen. So reduziert sich der ohnehin schon beeinträchtigte Lebensraum für Wildtiere und es verschärft sich die Gefährdung vieler geschützter Arten.

Naturschutzgebiete und Fauna-Flora-Habitat-Gebiete bei der Planung zu berücksichtigen, ist bestenfalls das gesetzliche Minimum. Gleichzeitig zeigen die Biodiversitätskrise und der schlechte Zustand unserer Ökosysteme, dass diese Instrumente bei weitem nicht ausreichen. Zusätzlich müssen möglichst große Flächen frei von naturschädlicher Nutzung wie der Windkraft gehalten werden.

Wir müssen aus den Erfahrungen andernorts lernen, bevor wir Tatsachen schaffen, die auf Jahrzehnte unseren Landkreis prägen werden. Um zu verstehen, was die Umsetzung der aktuellen Planungen bedeutet, eignet sich ein Besuch im Landkreis Dithmarschen, der wie ein einziger Windpark anmutet. Auf einer Fahrt zum Beispiel von Büsum nach Tönning fragt man sich zwangsläufig, wie es um die Lebensqualität, kulturelle Identifikation und nicht zuletzt um Naturschutz, Artenschutz und Biodiversität bestellt ist, wo Windräder derart landschaftsprägend sind? Wollen wir das im Landkreis Harburg auch so haben?

Bei der Überarbeitung des Raumordnungsplans weist die Verwaltung schon jetzt alle Flächen bis 2032 aus, also 3,2%. Der Landkreis Lüneburg geht dagegen in einem zweistufigen Verfahren vor und weist zunächst nur die Flächenziele bis 2027 aus. Denn die Entwicklung im Energiesektor für die kommenden acht Jahre ist kaum vorhersehbar und die Windenergieanlagen werden immer leistungsfähiger. Wir wissen also nicht, wie hoch genau der Bedarf an zusätzlicher Energie und Fläche zukünftig sein wird.

Wir fordern deshalb den Landkreis auf, sich dem Vorbild des Landkreises Lüneburg anzuschließen. Stellen Sie auf ein zweistufiges Verfahren um und statten Sie die Verwaltung entsprechend aus, damit sie den zusätzlichen Arbeitsaufwand bewältigen kann.

Wir fordern die Politik außerdem auf, sich für eine Verringerung des Flächenzieles für den Landkreis Harburg einzusetzen. Angesichts der Besonderheiten des Landkreises mit seiner Bevölkerungsdichte und einem hohen Anteil an schützenswerter Natur ist es nicht nachvollziehbar, warum ein überdurchschnittlich hoher Flächenanteil ausgewiesen werden soll. Stattdessen sollte der Anteil noch unter den von Niedersachsen geforderten 2,2% liegen.

Wir vertrauen darauf, dass Politik und Verwaltung sich mit allen Sachargumenten sorgfältig auseinandersetzen, objektiv, transparent, empirisch begründet und damit gerichtsfest abwägen, und Änderungen der Planungen stets ernsthaft und unvoreingenommen in Betracht ziehen, anstatt Einwendungen einfach „wegzuwägen“.

Ein Verzicht auf die Lüllauer und Itzenbütteler Flächen würde die Ausbauziele kaum beeinflussen. Es würde aber ein großer Gewinn für Mensch und Natur sein, wenn große, zusammenhängende Flächen un bebaut bleiben.

Unsere Argumente für den Verzicht auf die Flächen zwischen Lüllau und Reindorf sowie in Itzenbüttel haben 729 Menschen aus den betroffenen Dörfern überzeugt. 280 haben handschriftlich unterschrieben und weitere 449 über eine Online-Petition. Es zeigt deutlich, wie viel Zustimmung wir für unser Anliegen erhalten.

Weitere Informationen bekommen Sie auf unserer Webseite unter <https://www.erneuerbare-energie-mit-verstand.de/>

Vielen Dank